Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 60 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M 5.— Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 8465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 30 Pf. berechnet, bei mehrmaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 8. | Dresden, Sonnabend den 11. Januar 1913. | 24. Jahrg.

Das Reichsschatzamt läßt durch eine offiziöse Korrespondenz gegen weitgehende neue Rüstungsforderungen Deckungsbedenken geltend machen.

Der Reichstagsabgeordnete Becker (Alzey-Bingen) hat sein Mandat niedergelegt.

Zum Präsidenten des württembergischen Landtags ist der konservative Abgeordnete Kraut gewählt worden.

Die drei an dem Raubmord in Ortwig beteiligten Komplicen des Mörders „Heinrich" sind in Berlin verhaftet worden.

Der Hauptausschuß der belgischen Kammer hat das neue Heeresgesetz mit sechs gegen eine Stimme angenommen.

Für und wider den Zwischenhandel.

„Dem schlecht unterrichteten Kanzler" widmet der Rechtsanwalt Dr. Vielhaben, Ehrenmitglied des Brandenburgischen Bezirksvereins im deutschen Fleischerverbande sowie der „Fleischermeister Amerikas", eine Broschüre, deren Ziel es ist, die Reichstagsausführungen Bethmanns und des preußischen Landwirtschaftsministers am 27. und 28. November über den Zwischenhandel und seine Verteuerung der Fleischpreise zu widerlegen.

Wir wissen längst, daß es ein törichtes Geschwätz unserer Agrarier ist, wenn sie alle Schuld an den teueren Lebensmittelpreisen auf den Zwischenhandel abzuschieben versuchen. In erster Linie, darüber kann gar kein Zweifel bestehen, ist unsere junkerliche Zollpolitik für die unnatürliche Höhe der Preise so vieler wichtiger Nahrungsmittel verantwortlich zu machen. Aber ebenso töricht wäre es doch auch, zumal nach den Erfahrungen gerade der letzten Wochen, den Zwischenhandel von aller Schuld freizusprechen und in einem unbehelligten Wuchernlassen des Zwischenhandels der Weisheit letzten Schluß zu sehen, wie das der Herr Dr. Vielhaben tut.

Er bringt zwar, um seine Auffassung plausibel zu machen, einige Ausführungen, die zunächst den unkritischen Leser vielleicht blenden könnten. „Früher fuhr man von Hamburg nach Bremen mit der Postkutsche und hatte nur mit einer Person, dem Postillon, zu tun. Jetzt fährt man mit der Elektrischen zum Bahnhof, auf der sich ein Führer und ein Schaffner befinden. Auf dem Bahnhof kommt man an den Gepäckträger, an den Portier, an den Beamten am Schalter, der die Fahrscheine verkauft, an den Beamten an der Sperre, der die Fahrscheine kontrolliert, im Zuge an den Schaffner, der die Reisenden zurechtweist und die Fahrscheine kontrolliert. Zur Führung des Zuges dienen der Zugführer, der Lokomotivführer und der Heizer." Die Aufzählung geht weiter: Trotzdem sich so für die Beförderung immer mehr Personen eingedrängt hätten, wäre doch weder der Weg von Hamburg nach Bremen länger noch auch die Reise teurer und unbequemer geworden; im Gegenteil, die Fahrt stelle sich heute erheblich billiger als zur Zeit der Postkutsche. — Dies Gleichnis wird dann für die Fleischversorgung in Anspruch genommen: Wohl hätten sich zwischen Produzenten und Konsumenten immer mehr Instanzen (Händler, Kommissionär, Großschlächter, Verkäufer u. s. f.) hineingedrängt, aber das Publikum hätte davon nur den Vorteil.

Leider hinkt das Gleichnis, und gleich auf beiden Füßen. Zunächst übersieht der Verfasser der Flugschrift scheinbar ganz, daß zur Verbilligung der Reise doch am Ende auch noch etwas anderes beigetragen hat als die Zunahme der an der Beförderung mitwirkenden Personen — nämlich die veränderte Technik. (Nebenbei: es stimmt auch nicht, daß früher nur der eine Postillon für die Fahrt in Tätigkeit war: Posthalter, Pferdeknechte u. s. f. spielten doch auch eine Rolle!) Und dann: Es ist doch wohl noch ein kleiner Unterschied, ob es sich bei dem Zusammenwirken mehrerer Personen um ein organisiertes Hand-in-Hand-Arbeiten handelt, das planvoll berechnet ist und die Arbeitskraft jedes einzelnen ohne Verschwendung ausnutzt — oder ob jeder nach eigenem Plane, unabhängig von den anderen, wirtschaftet und dabei seine Kraft oft genug unnötig vergeudet. Ganz gewiß kann auch in der Nahrungsmittelversorgung die Arbeitsteilung und Spezialisierung segensreich wirken, den dabei Tätigen angenehmere und lohnendere Arbeit, den Konsumenten billigere Preise schaffen. Es wäre natürlich Unfug, wollte einer verlangen, die Bauern sollten nun fortan auch ihr Vieh selbst in die Stadt schaffen, dort schlachten und verkaufen. Daß da besondere Transporteure, berufsmäßige Schlächter und Verkäufer mitwirken, ist nur von Vorteil. Was — wenigstens von unserer Seite — einzig und allein als bedenklich und preisverteuernd getadelt wird, das ist die vielfach so überaus ungesunde Organisation der Arbeitsteilung im Zwischenhandel, sofern hier das Wort „Organisation" überhaupt noch am Platze ist. Nicht der Bedarf, nicht die Rücksicht auf eine möglichst gute und billige Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln (unter Wahrung eines angemessenen Arbeitslohnes) bestimmt das Hineintreten neuer Mitwirkenden in den Produktions- bezw. Versorgungsprozeß, sondern ganz andere Faktoren — Besitz, Kredit, Unabhängigkeitsdrang, bage Spekulation — sind dafür bestimmend. So drängen sich immer zahlreichere Glieder ein, die ihre Kraft und ebenso ihr „Arbeitsgerät" nicht mehr hinreichend ausnutzen können. Zweifellos zeigt die große Mehrzahl unserer Städte ein Vielzuviel an kleinen Schlächterläden, deren Betrieb sich bei mäßigem Aufschlag auf die bezogenen Produkte gar nicht rentieren kann, weil eben Verkaufsraum, Ausstattung, Beleuchtung, „Bedienung" nicht völlig ausgenutzt werden — die Zahl der Käufer ist viel zu gering. Der Mangel einer einheitlichen starken Organisation ermöglicht es ferner, daß sich Elemente in den Versorgungsprozeß drängen, die überhaupt nicht mehr ihre Arbeit in den Dienst der Sache stellen, sondern nur noch bestimmte Mengen von Kapital, dafür aber auch ihre Bezahlung verlangen und sich eine Position erobern können, die ihnen die Macht zu einer ganz gehörigen Schröpfung der Konsumenten gibt, ohne daß diesem eine Kontrolle oder Gegenwehr möglich wäre. Ein gut Teil Schuld an den überhohen Fleischpreisen kann man getrost den „Kommissionären" des Fleischhandels zuschieben, den eigentlichen Geldleuten des Fleischmarktes, die nach beiden Seiten hin, sowohl den Viehaufkäufern wie den einzelnen Schlächtern Kredit und Vorschüsse geben, dafür aber auch nach beiden Seiten hin innerhalb gewisser Grenzen die Preise diktieren.

Daß tatsächlich gerade im Fleischhandel die Verhältnisse ungesund sind, kann man auch aus gewissen Zahlen ersehen, die Herr Dr. Vielhaben in seiner Flugschrift mitteilt — in dem Glauben, sie könnten seine Annahmen stützen. Von 1875 bis 1907 stieg (angeblich!) der Fleischkonsum pro Kopf von 30 auf 53 Kilogramm, die Bevölkerung wuchs von 41 auf 65 Millionen. Das würde eine Steigerung des gesamten Fleischkonsums von 1250 auf 3335 Millionen Kilogramm jährlich ausmachen; mit anderen Worten, die jährliche Fleischmenge würde sich um 270 Prozent vermehrt haben. Die Zahl der im Viehhandel und im Fleischergewerbe tätigen Personen stieg im gleichen Zeitraum von 134 175 auf 283 721, d. h. sie vermehrte sich um rund 200 Prozent. Daraus möchte der Broschürenschreiber den Schluß ziehen, daß sogar gegenüber früher eine Besserung eingetreten, der Zwischenhandel zurückgegangen wäre und daß kein Grund, über ihn zu klagen, mehr gegeben sei.

Aber nur ein ganz oberflächlicher Beurteiler kann aus der Differenz zwischen der Zunahme des Fleischkonsums und der der Händler und Schlächter den Schluß ziehen, die Gesamtheit der Konsumenten brauche heute für den „Zwischenhandel" nicht mehr zuviel aufzuwenden. Man darf doch nicht vergessen, daß vielerlei Verrichtungen, die früher menschliche Arbeit verlangten, heute von Maschinen verrichtet werden und zum Teil den „Zwischenhandel" gar nicht mehr belasten; man denke nur an den Transport des Viehes, der heute vielfach so gut wie ganz von Bahnbeamten besorgt wird. Man übersehe auch nicht, daß durch das stetige Wachsen der Großstädte die Versorgung des Publikums eine viel leichtere geworden ist. Auch gegen die Berechnung selbst läßt sich sehr vieles einwenden. Endlich darf die Richtigkeit der Zahlen füglich bezweifelt werden; z. B. ist mit guten Gründen bestritten worden, daß der Fleischkonsum pro Kopf der Bevölkerung heute (bezw. 1907) 53 Kilogramm beträgt; tatsächlich dürfte das Quantum weit geringer sein, das von 1875 dagegen müßte höher angesetzt werden. Würden die ersten Einwürfe eine Differenz in der Steigerung wie die zwischen 270 und 200 als viel zu gering erscheinen lassen, müssen die letzteren uns belehren, daß in Wirklichkeit wahrscheinlich überhaupt kaum eine Differenz besteht!

Zum Schluß — natürlich! — der rote Lappen! Ausschaltung des Zwischenhandels bedeutet Förderung der Sozialdemokratie und der sozialistischen Tendenzen der Entwicklung.

Und wenn schon!? Sobald feststeht, daß dieser „sozialistische Schritt", Ausschaltung eines Stückes Zwischenhandel, der großen Masse der Bevölkerung nur zuträglich ist und ihr die Existenz wesentlich erleichtert, so wird man doch kaum bedauern können, wenn der Kampf für die volle Durchsetzung des Sozialismus dadurch neue Kräfte gewinnt. Im übrigen soll man doch, wenn man vor dem Sozialismus solche Angst hat, diejenigen Personen und Verhältnisse verantwortlich machen, die an der Ausbeutung und an der schändlichen künstlichen Preissteigerung wichtiger Lebensbedürfnisse der Massen schuld sind und die Durchführung der Gegenmaßregeln geradezu erzwingen, statt immer nur auf diesen selbst herumzureiten. Allerdings, weit würde man auch damit nicht kommen: denn Ausbeutung, Zollwucher, Unmöglichkeit einer volkswirtschaftlich wirklich einwandfreien Organisation eines Gewerbes — das alles ist mehr oder weniger eng verknüpft mit dem privatkapitalistischen Wirtschaftssystem überhaupt. Dies aber beseitigen heißt ja nichts anderes als den Sozialismus wollen.

Auf die Art und Weise, wie Herr Dr. Vielhaben es möchte, wird er den „Mittelstand" gewiß nicht retten. Vergeblich auch, wenn er in einem letzten Abschnitt versucht, die Aufmerksamkeit auf einen „Mißstand" zu lenken, der seines Erachtens in erster Linie an der Teuerung schuld ist — auf die Schlachthof- und Fleischbeschaugebühren. Die ersten, das ergibt sich aus seinen eigenen Darlegungen, machen auf das Kilogramm Fleisch durchschnittlich kaum mehr als 1 Pf. und sind dazu meist noch wohlbegründet durch Verzinsung und Amortisation der Schlachthofanlagen. Was die zweiten betrifft, so verbietet ihre Verminderung die Rücksicht auf die Gesundheit des Fleisches, die eine eingehende Untersuchung erfordert. Und wenn Herr Dr. Vielhaben gar klipp und klar den Wunsch äußert, es möchte bei der Untersuchung doch nicht bloß der tierärztliche Standpunkt gewahrt bleiben, sondern mehr als heute auf den Geldwert des zu vernichtenden Fleisches Rücksicht genommen werden, so muß diese Forderung um so lebhafteren Widerspruch herausfordern, als dieser Herr Doktor an anderer Stelle wörtlich schreibt: „Der Arbeiter hat meistens einen so kernigen und gesunden Magen, daß er bedenkliches Fleisch, bei dem der verweichlichte Reiche ohne weiteres erkranken würde, ohne irgendwelche Gefährdung genießen kann." Das fehlte nur noch, daß die Schlächter die Möglichkeit erhielten, ihrer Arbeiterkundschaft in der Hoffnung auf den „gesunden Magen" gesundheitsschädliches Fleisch verkaufen zu dürfen. Man muß schon sagen, es ist ein starkes Stück, mit diesem Gedanken auch nur zu spielen!

Die Sozialdemokratie braucht keine Mittelstandsvernichterei zu treiben. Das besorgen, wie schon oft nachgewiesen, ganz andere Mächte. Aber andrerseits hat sie auch keine Veranlassung, dort, wo sich gewisse Zwischenhandelsinstitutionen als der Wohlfahrt der Massen gefährlich zeigen, mit Rücksicht auf eine geringe Minderzahl von Händlern von der Propagierung solcher Maßnahmen abzusehen, die Besserung bringen könnten. Wird also z. B. durch die kommunale Fleischversorgung, die sich bereits so gut bewährt hat, auch wirklich dieser oder jener um seine alte wirtschaftliche Stellung gebracht — so mag man das menschlich bedauern. Aber unter den wuchtigen Schritten der modernen wirtschaftlichen Entwicklung haben schon Millionen ihre wirtschaftliche Selbstständigkeit opfern müssen. Die Erkenntnis, daß das das Ergebnis der bestehenden Wirtschaftsordnung ist, sollte nur dazu beitragen, daß möglichst viele mit möglichst großer Energie darauf hinwirken, jener neuen Zeit entgegenzustreben, in der es nicht mehr Herren und Knechte, sondern nur noch gleichberechtigte Bürger gibt. Und gerade auch der Mittelständler, der geschmeckt hat, was eine unabhängige Stellung heißt und diese nun bedroht sieht, müßte, wenn er klug wäre, das Proletariat in seinem Kampfe unterstützen!

•

Der Protest der Viehhändler.

H. F. Berlin, 10. Januar.

In der Neuen Philharmonie fand eine ungemein zahlreich besuchte Versammlung der Viehhändler Deutschlands statt, um zu der Fleischteuerung Stellung zu nehmen. Der Vorsitzende des Bundes der Viehhändler Deutschlands, Hermann Daniel (Dierdorf bei Koblenz), eröffnete die Versammlung (mit einem dreifachen Hoch auf den Kaiser): Die Versammlung sei berufen worden, um den Vorwurf zurückzuweisen, daß die Viehhändler an der Fleischteuerung schuld seien. Obwohl man vorgebe, für Handel und Gewerbe ebenso einzutreten wie für die Landwirtschaft, wolle man jetzt die Fleisch- und Viehhändler ausschalten. Die Viehhändler seien ohnedies arg geschädigt durch die unaufhörliche Maul- und Klauenseuche. Diese und die schlechte Futtermittelernte 1911 haben hauptsächlich die Fleischteuerung verschuldet. Im weiteren seien an der Fleischteuerung der große Rückgang der Viehproduktion auf der einen Seite und der größere Fleischverbrauch auf der anderen Seite schuld. Nachdem auch Vertreter der Fleischerinnungen und des Hansabundes in ähnlichem Sinne geredet, gelangte schließlich einstimmig eine längere Erklärung zur Annahme, in der es heißt:

„Die Versammlung protestiert mit aller Entschiedenheit, daß die Viehhändler an der Fleischteuerung schuld seien. Die Entwicklung des deutschen Wirtschaftslebens, das rapide Anwachsen der Großstädte und die Ausdehnung der Industrie vermehren die Zahl der Fleischesser, während die Zunahme der Haustiere mit der gesteigerten Nachfrage und der Zunahme der Bevölkerung nicht Schritt halten. Dazu treten noch die strengen, Handel und Verkehr beschränkenden Verordnungen zur Bekämpfung der Seuchen. Die so schwer um ihre Existenz kämpfenden Viehhändler bedauern es, daß sowohl in der Presse als auch von seiten der Regierung der Viehhandel verdächtigt wird. Durch die jetzt erörterten langfristigen Lieferungsverträge, die die Städte unter Ausschaltung des Zwischenhandels mit den Viehverwertungsgenossenschaften schließen sollen, kann niemals eine Stabilisierung der Fleischpreise herbeigeführt werden. Nur die Vermehrung der Produktion in Verbindung mit ungestörter Entfaltung und freier Entwicklung des Viehverkehrs, bei der Erzeuger und Verbraucher durch die Konkurrenz der Viehhändler untereinander die meisten Vorteile haben, kann zu einer Besserung der Verhältnisse führen. An die Stelle der Viehhändler würde bei deren Ausschaltung ein Heer von Angestellten treten, die viel teurer und unzuverlässiger arbeiten würden, als es bisher die Viehhändler getan haben. Deshalb erwartet die Versammlung von den deutschen Städten die Zurückweisung der angebotenen langfristigen Lieferungsverträge und den notwendigen Schutz von Handel und Gewerbe." — Bis zur Forderung der Aufhebung unserer glorreichen Schutzzollpolitik brachten es die Herren nicht.

Wiener Arbeit für den Zaren.

Von unserem Korrespondenten.

th. Wien, 10. Januar.

Wann wird man in Deutschland der Winkelzüge der Wiener Balkanpolitik überdrüssig werden? Wann wird man aufhören, das gefährliche Spiel mitzuspielen und endlich durch energischen Einspruch den Bundesgenossen zur Politik besonnener Interessenwahrung zurückleiten? Das Wiener Kabinett hat gerade eben jetzt neue Taten vollführt. Serbien verkündet in London, es werde beim Friedensschluß seine Truppen von der Adriaküste zurückrufen, weitere Opfer möge man ihm aber nicht zumuten. Müßte da Wien nicht endlich befriedigt sein? Seit Wochen grollte die offiziöse Presse, die Serben sollten aus Durazzo abrücken, ihre Gegenwart an der Adria verletze Oesterreich. Serbien hat Europa sein Wort zum Pfand gegeben. Was

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19130111/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG